

Er scheint wöchentlich 3 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buch-
handlungen des In- und
Auslandes an.
Fiktal-Expeditionen für die
Bereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
C. A. Ebneder,
98 S. Market str. cora.
Madison str. Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2. u.
3. Monat u. auf den 3. Mo-
nat besonders angenommen,
im Kgr. Sachsen u. Preuß.
Sachl.-Altenburg auch auf
den 1. Monat à 5 1/2 Sgr.
angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 63.

Freitag, 25. Juli.

1873.

Abonnements-Einladung.

Die Parteigenossen werden dringend aufgefordert, für die Weiterverbreitung des „Volksstaat“ unablässig thätig zu sein. Mit den bisherigen Erfolgen können wir wohl Alle zufrieden sein, aber es darf trotzdem kein Stillstand in dem Aufschwunge des „Volksstaat“ eintreten. Es muß den Arbeitern allüberall begreiflich gemacht werden, daß sie nur dann stark sind, wenn die ihre Interessen vertretende Presse einen zahlreichen Leserkreis besitzt. Eine starke Presse ist der sicherste Maßstab für die Stärke einer Partei. Und wenn jeder Parteigenosse seine Schuldigkeit thut, kann wird der „Volksstaat“ in allen Arbeiterkreisen bald ein unentbehrliches Blatt werden. Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal. Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat und auf den 3. Monat besonders angenommen, im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg auch auf den 1. Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

An die Parteigenossen allerorts.

Genossen! Den 24. August und die folgenden 2 oder 3 Tage wird, wie Euch Allen bekannt, der diesjährige Parteikongress in Nürnberg stattfinden. Es handelt sich nun darum, daß die Mitglieder der Partei an allen Orten dafür Sorge tragen, sich auf dem Kongress vertreten zu lassen. Und zwar wäre es wünschenswert, wenn von einem jeden Orte, wo eine Mitgliedschaft existiert, ein Delegirter erscheinen würde. Gerade in dieser Stadt ist es notwendig, daß die Partei auf ihrem Kongress würdig vertreten ist, denn mit gespannter Aufmerksamkeit folgen unsere Gegner und das Volk Schritt und Tritt und würden jedenfalls nicht ermangeln, den Kongress, wenn er schlecht besucht wäre, in der üblichen Weise zu kritisieren. Schon aus diesem Grunde also, Parteigenossen, ist es dringend geboten, daß Ihr Euer Pflicht thut. Noch mehr aber dürften Euch die auf der Tagesordnung des Kongresses stehenden Punkte bestimmen, zahlreich Euer Vertreter zu senden. Parteigenossen! Küßt Euch zum Kongress! Auf, nach der alten Nordsee! Mit sozialdemokratischem Gruß Im Auftrage:
Hans Wörlein, Bergstraße 17.

NB. Die Delegirten werden ersucht, sich baldigst anmelden zu lassen, damit zu rechter Zeit für Quartiere gesorgt werden kann. Die Zuschriften sind an obige Adresse zu richten. D. D.

Zur gefälligen Beachtung.

Da in letzter Zeit ausnahmsweise oft für den Parteikassierer bestimmte Geldsendungen statt an diesen an Unterzeichneten eingelangt wurden, so bitte ich recht sehr, für die Folge alle für die Parteikasse bestimmten Geldsendungen ausschließlich und ordnungsgemäß an Herrn H. Bennete, Kl. Schäferkamp 34 zu adressieren. Gleichzeitig bitte ich recht sehr, kleinere Beträge in Briefmarken, größere Summen nur durch Baareinzahlung mittelst Postanweisung einzusenden. Th. Nord.

Die Arbeiterbewegung und die Frauen.

Leider muß man es zu den Seltenheiten rechnen, wenn an irgend einem Orte das weibliche Geschlecht das Wesen der Arbeiterbewegung erfasst und in größerer Anzahl sich derselben angeschlossen hat. Die Organisationen, welche bis jetzt unter den Arbeiterinnen bestehen, sind schwach an Zahl sowohl, als auch enthalten sie zum großen Theil des inneren Halts wegen mangelnden Verständnisses.

Der frivolste Hohn, mit welchem die Goldschreiber der Bourgeoisie die Arbeiterinnen überschütten, sobald sie sich an einer Bewegung betheiligen, mag Viele abschrecken. Gleich sind jene traurigen Gesellen mit dem Schimpfwort „Petroleusen“ bei der Hand. Aber das ist nicht allein. Viele von den Arbeiterinnen haben so wenig Verständnis für die Arbeiterbewegung, daß sie sich ärgern und dagegen eifern, wenn ihr Mann, das Familienoberhaupt, Versammlungen besucht und keine versäumt. Es erscheint ihnen dies höchstbedeutend mit der Wirthshaus-Bummelerei. Wieder andere wollen durchaus nicht einsehen, daß gerade ihr Mann, gerade der Väterlicher ihrer Kinder es sein soll, welcher Reden hält, sich den Angarmeren der Polizei und der Staatsanwaltschaft aussetzt. „Das können Andre thun“.

Ja, es hält heutzutage schwer, dem Einzelnen begreiflich zu machen, daß sein Einzelinteresse dem Gesamtwohl untergeordnet werden muß, wenn wir dahin gelangen wollen, wo sowohl der Einzelne an und für sich, als auch die Massen in ihrer Gesamtheit eine menschenwürdige Existenz finden.

Die heutige Produktionsweise zerstört das Familienleben von Grund aus. Wenn Mann und Frau den Tag über sich abradern müssen und Abends todtmüde nach Hause kommen, wo bleibt da ein Tag über die „Familie“? Der Kapitalismus hat sie illusorisch gemacht. Und doch rettet die Herren Bourgeois schon so oft den Staat im Namen der „Familie“, welche sie täglich zerstören.

Die Kapitalisten sehen es freilich ungemein gern, wenn die Frauen ihre Arbeitskraft auf den Markt bringen. Das „schwache Geschlecht“ ist ja selbstverständlich viel gefügiger und unterwürfiger als das „starke“, bei den sich oft trotz der Faust ballt und wildes Auge blitzt, wenn sich der „Herr“ etwas zu viel heraus nimmt; es hat das weibliche Geschlecht durchschnittlich weniger Bedürfnisse und begnügt sich mit einem geringen Lohn. So müssen die Arbeiterinnen den Herren Kapitalisten dazu dienen, durch ihre Konkurrenz den Lohn ihrer männlichen Genossen herabzudrücken, daß an vielen Orten haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß

Mann und Frau zusammen am Ende der Woche nicht so viel Lohn nach Hause bringen, als früher der Mann allein gebracht hat. Da müssen dann auch die Kinder arbeiten gehen, sobald sie nur können. Und die Familie?

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um den Arbeiterinnen begreiflich zu machen, daß sie ebenso in die Arbeiterbewegung hineingehören, wie die männlichen Arbeiter. Die Gleichgültigkeit vor allen Dingen muß aufhören, mit welcher die Frauen heutzutage der Entwicklung der Dinge zuschauen. Wenn die Maitresse eines Bourgeois in ihrem Staatskleide über die Straße fährt und die sechs Näherinnen, die sich halb blind gearbeitet, damit es noch „zur rechten Zeit“ fertig geworden, sehen ihr nach, so bewundern die sechs Proletarierinnen die Staatsdame, denn „Kleider machen Leute;“ keine aber denkt: „wie übel bin ich daran, daß ich für solch ein verworfenes Geschöpf mich abradern muß und meine „Arbeitgeberin“ den Ertrag meiner mühsamen Arbeit zum großen Theil einstecken, mich aber mit einem Hundelohn abfinden darf.“

Das ist Nichts. Den Frauen der arbeitenden Klasse gebührt vor Allem ein menschenwürdiges Familienleben, freilich nicht in dem Sinne, wie der Bourgeois den Begriff Familienleben aufsaßt. Der Bourgeois versteht unter seiner „Familie“ eine Institution, die darauf berechnet ist, das Eigenthum „unter den Seinen“ festzuhalten. Unter der „Familie“ des Arbeiters versteht der Bourgeois eine Institution, die dazu dient, stets neue Arbeitskräfte für die Ausbeutungssucht der Herren Kapitalisten zu züchten und möglichst viel Menschenfleisch auf den Arbeitsmarkt zu senden. Und in der That, die Wirklichkeit entspricht in diesem Zeitpunkte den Begriffen der Herren Bourgeois.

Darum muß auch das weibliche Geschlecht kräftig mit eintreten in den Kampf gegen die Macht des Mammons. Jede Niederlage der männlichen Arbeiter trifft ja in ihren Folgen das weibliche Geschlecht mit und umgekehrt. Die niedergedrückte Menschewürde wieder aufzurichten ist eine Verpflichtung beider Geschlechter und erst nach Erfüllung dieser Aufgabe vermögen sie eine Generation zu erzeugen, mächtig genug, um die Schlacht „am Birkenbaum“ zu schlagen!

Die Hausbesitzer.

Wer die Wohnhäuser, wie sie jetzt in den großen Städten gebaut werden, etwas genauer betrachtet, der kann aus diesen stimmen, feineren Massen die ganze heutige Gesellschaftsorganisation, die auf der systematischen Ausbeutung vieler durch Wenige oder gar durch Einzelne beruht, herauslesen.

Der unverschämte Baustellen-Wucher, der heute getrieben wird, läßt nicht zu, daß überhaupt jemand Anderes als berufsmäßige Spekulant oder Kapitalisten mit sehr gewichtigem Sädel es unternehmen, neue Häuser zu bauen. Früher konnte auch der mäßiger bemittelte Mann, der etwas wohlhabende Kleinbürger, sich ein Häuschen bauen. Die Ueberreste aus dieser „besseren Zeit“ für den Kleinbürger sind die vielen, von Manchem als „gemüthlich“ aufgeföhnten ein- und zweistöckigen Häuser, von denen jetzt nur noch sehr wenige oder gar keine mehr gebaut werden. Das Großkapital und die Spekulation haben das Kleinbürgerthum von dem Baugelände verdrängt. Dies gilt natürlich nur von den großen Städten. Das Kleinbürgerthum, das seine soziale Stellung mit fast ungläublicher Beschränktheit größtentheils nicht begreifen will, könnte hier wiederum erkennen, daß es unabwendbar den Weg zum — Proletariate wandelt.

Die poetische Zeit der ein- und zweistöckigen Häuschen ist in den großen Städten vorüber. Die Hausbesitzer richten ihre Wohnungen nicht mehr gemüthlich ein, sondern sie lassen sich Miethkassernen hinstellen.

Sobald heute ein Hausbesitzer sein Haus nicht ausschließlich für sich gebrauchen will — im andern Fall werden die Wohnhäuser manchmal noch zwei, gewöhnlich dreistöckig in Villenform gebaut — sondern dessen Räume zum Vermieten bestimmt, läßt er so viele Stöcke auf einander prorsen, als überhaupt thunlich ist. Vier bis fünf Etagen ist das Gewöhnliche. Erste Etage: Bewohnt der Hausbesitzer und Bourgeois höchstselbst mit Familie. Ist hübsch getüncht, von allen Etagen die gesündeste und die bequemste.

Zweite Etage: Kommt der ersten so ziemlich gleich. Hier wohnt eine „Herrschaft“, die es machen kann und welcher der Herr Bourgeois und Hausbesitzer deshalb ungeheure Blüdinge macht, denn der „Herrschaft“, die Geld genug hat, ist es gleichgültig, ob sie alljährlich mit 50 Thlrn. überfegt wird oder nicht. Miethpreis 500—600 Thlr.

Dritte Etage: Wenn keine „Herrschaft“ sich findet, wird die dritte Etage an verschiedene Familien vertheilt. Der Hausbesitzer ist hier noch höflich, aber vergißt sich durchaus Nichts von seiner Bourgeois-Würde. Ist sein Rücken von der zweiten Etage noch etwas krumm, so wird er in der dritten Augenblicklich hochgerade und steif. Miethpreis für eine Familie 300—400 Thlr.

Vierte Etage: Der Herr Hausbesitzer hat nicht Zeit, sich mit all den Leuten abzugeben, die hier wohnen; er sieht sie nur bei seiner „Arbeit“, beim Einstreichen des Miethzinses und vergißt deshalb, da er sie nicht kennt, zuweilen in der vierten Etage ihren Gruß zu erwidern; Rücken torporalmäßig steif. Miethpreis 150—200 Thlr.

Fünfte Etage: Man kennt sich gar nicht. Der Miethzins wird mit abgewandtem Gesicht empfangen. Ueberhaupt ist es nur der besonderen „Humanität“ der Herren Hausbesitzer zu verdanken, daß man da oben solche Leute wohnen läßt. Miethzins 80 bis 120 Thlr.

Unter der Erde: Habenichtse, Arbeiter, die eigentlich gar keine Wohnung brauchen, wenn die Herren Hausbesitzer nicht

wieder so „human“ wären und ihnen ihre stinkenden, feuchten dumpfen Kellerlöcher überließen. Bei der geringsten „Störung der Hausordnung“ werden sie mit bekannter Humanität auf die Straße geworfen. Miethpreis 40—50 Thlr.

Das wäre der „Himmel auf Erden“, den sich solche Kapitalisten und Hausbesitzer zu errichten pflegen. Gibt es ja doch eine Menge bornirter Menschenkinder, welche das höchste Glück auf Erden im „Nichtsthun“ erblicken. Die Armen ahnen nicht, daß sie sich dadurch auf gleiche Stufe mit jenen noch wenig über dem Thiere stehenden africanischen Stämmen stellen, welche Tage lang „in süßem Nichtsthun“ unter einem Baume sitzen und vor sich hinstarren können. Der blödsinnige, von Nichtswissern und Arbeiterfeinden oftmals so leichtthin citirte Sag, daß das Kapital „sich selbst fortzeuge“, hätte den meisten Ansehen von Wahrscheinlichkeit bei unsern Herren Hausbesitzern. Der Herr Hausbesitzer hat sein Kapital in sein Haus gefeckt; seine einzige „Arbeit“ besteht darin, die Miethzins einzustreichen und zu quittiren. Sehen wir einmal zu.

Die „Herrschaft“ in der zweiten Etage sei ein höherer Offizier, etwa ein General mit seiner Familie. Dieser Mann wird vom Staat bezahlt, dessen regelmäßige Einkünfte sämmtlich, durch die fleißigen Hände des arbeitenden Volkes erzeugt werden; wo nicht direkt, so doch indirekt. Also der General und der Staat bezahlet mit der angesammelten Arbeit des arbeitenden Volkes.

In der dritten Etage mögen pensionierte Beamtenfamilien wohnen. Gilt ganz dasselbe, wie von der zweiten Etage.

Die Familien der vierten und fünften Etage und die Proletarier unter der Erde geben direkt einen Theil ihres Arbeitslohnes. Die Arbeit also ist es, welche das Kapital befruchtet, daß es goldene Eier legt.

Das genirt aber unsere Herren Hausbesitzer — wohlgerneht, wir charakterisiren die Hausbesitzer der großen Städte von heute im Allgemeinen; es gibt ja eine Menge Ausnahmen — nicht im Mindesten. Der dümmste Hausbesitzer ist doch genial genug und hat „sittliches Bewußtsein“ genug, auf das arbeitende Volk mit Berachtung herabzublicken.

Es gibt unter den Hausbesitzern Typen, welche Stoff zu unsterblichen Genrebildern liefern könnten. Man sieht da oft die personifizierte Hartberzigkeit auf Gesichtern ausgeprägt, die für die Darwin'sche Theorie von unschätzbbarer Beweisraft. Minderthum, politischer „Radikalismus“, Kunst-Dilettantismus, Gottesfurcht und Königstreu — Alles findet sich bei den Hausbesitzern vor und schleicht sich stets in die Verträge hinein, welche die Miether mit dem „Hausheeren“ abschließen müssen. Eine gute Anzahl frömmelnder Hausbesitzer hält es für „unsittlich“, einzelnen Damen Wohnungen zu geben. Die unbescholtensten Damen kommen dadurch oftmals in nicht geringe Verlegenheiten.

Fast alle Hausbesitzer aber haben große Abneigung gegen Miethleute mit Kindern. Wenn es nach den Hausbesitzern ginge, müßte die Kindererzeugung aufs Keuferste beschränkt oder gar ganz unmöglich gemacht werden, nur damit kein fremdes Kindergeschrei an die hochwohlgebornen Ohren des Herrn Hausbesitzers schlägt.

Eine der schönsten Tugenden der Hausbesitzer ist das Steigern der Miethpreise, in Leipzig „Lebersegen“ genannt. Gewöhnlich zu Neujahr kommt der Hausherr, gratuliert, wenn er nicht zu hochmüthig ist, jammert über die theuren, stets steigenden Preise aller Lebensbedürfnisse, die durch die Strides und die bösen Sozialdemokraten in die Höhe getrieben worden seien, meint, er könne mit seinem „Verdienst“ nicht mehr auskommen und schlägt „in Gottes Namen“ so ein vierzig oder fünfzig Thalerchen auf den Miethzins drauf. Gott wird ja weiter helfen. Wehe den Beamten, den Arbeitern, die eine Erhöhung ihres Gehaltes oder Verdienstes erreicht haben und dies laut jubelnd zu ihrer Familie juristkieren! Der Hausherr hört's und bald kommt eine Postpost, die den Miethzins erhöht und die Aufbesserung zum Theil oder auch ganz verschlingt.

Das ist solch wichtiger, integrierender (unentbehrlicher) Theil der Lebensbedürfnisse, wie die Wohnungen, dem Privatbesitz und damit der Privatlaune, ja dem Privat-Wuthwillen anheimgegeben, ist einer der schwersten ökonomischen Fehler und Mißstände in unsern gesellschaftlichen Verhältnissen. Das schauerlichste Gespenst der großen Städte, die Wohnungsnoth, ist das Kind des Privatbesitzes, erzeugt mit der Spekulation.

Diesem Uebel ist nicht so leicht abzuhelfen. Die Lösung der Wohnungsfrage kann sich erst im freien Volkstaat vollziehen. Es muß eine Menge anderen ökonomischen Schuttes weggeräumt werden, bevor das Wohnungswesen geregelt werden kann. Deshalb ist es unsinnig, bei Wohnungsnoth an die heutigen herrschenden Gewalten und Klassen zu appelliren. Die „Heiligkeit des Eigenthums“ gestattet diesen keine gesunde Reform, auch wenn sie den guten Willen dazu hätten. Diesen haben sie aber nicht. Die preußische Polizei trieb Hunderte von Familien aus den Baracken zu Berlin und riß die Baracken nieder, damit diese stehenden Zeugen der Wohnungsnoth das Auge eines Czaren nicht beleidigen sollten. Mit einem „Ochsenkopf“ zu Berlin aber löst man die Wohnungsfrage nicht.

Noch ein Beispiel: das alte Nürnberg, dessen alterthümliches Aussehen alle verrückten Engländer anzieht und alle vorfindstüthlichen Poeten begeistert, ist von einem tiefen Graben umgeben. Es wurde schon oft der Antrag gestellt, diesen Graben auszufüllen, allein der „Alterthümlichkeit“ halber läßt man ihn wie er ist. Ueber dem Graben hinaus werden nur Bourgeoiswohnungen, Villen und auch vielleicht Arbeiterwohnungen gebaut, mit welsch legeren bekanntlich die Kapitalisten „ihre“ Arbeiter zu lebenslänglichen, an ihre Scholle gefesselten Lohnsklaven machen. Innerhalb des Stadtgrabens aber wächst die Bevölkerung und wird

stets in demselben Raum zusammengedrückt, schon seit langen Jahren. Die Bevölkerung wird größer, der Stadtgraben spannt sie auf demselben Raum zusammen. Etwas helfen die Vorstädte ab, aber die Wohnungsnoth ist groß in Nürnberg und das Alles einer „alterthümlichen Schnurre“ wegen!

Die heutigen herrschenden Gewalten und Klassen haben kein Interesse, dem Elend des arbeitenden Volkes zu steuern. Im Gegentheil: ans Elend gewöhnt sind die Massen leichter auszufangen. Es wird von „Oben“ nichts gethan, wo leicht etwas geschehen könnte; was soll man da erwarten, wo die Hülfe schwierig ist? Noch ist nicht das ganze Volk zur Erkenntniß seiner Klassenlage gekommen; ist dasselbe erst einmal so weit, dann ist eine Besserung nicht mehr fern!

Politische Uebersicht.

Zur Putschcorruption, die sich bei dem Spigeder'schen Prozeß in ihrer ganzen widerlichen Nacktheit enthüllt hat, schreibt der „Braunschweiger Volksfreund“:

„Gegenwärtig wird der Prozeß gegen die bekannte Adee Spigeder und Genossen vor dem Schwurgericht zu München verhandelt. Unter den in der Verhandlung verlesenen Schriftstücken befindet sich auch eine Quittung von Rudolph Wosse über 300 Gulden gegen die Verpflichtung, keine der Adee Spigeder nachtheilige Annonce aufzunehmen. Wenn man nun bedenkt, daß Rudolph Wosse die ausgedehnteste Annoncen-Expedition hat und selbst Eigentümer der Annoncen-Beilage des „Kladderadatsch“ sowie einer andern Berliner Zeitung ist, so sieht man, unter welcher Einwirkung die Presse der Bourgeoisie steht. Solche Thatsache, wie die erwähnte, wird einfach todgeschwiegen, oder es wird höchstens mit einer milden Bemerkung über dieselbe hinweggegangen, denn das Annoncenwesen bringt der Zeitung Geld ein, und welcher Zeitungsverleger will es mit Rudolph Wosse verderben? Und das ist derselbe Rudolph Wosse, der gegen Bezahlung anständige Annoncen zurückweist und gegen Bezahlung die schamlosesten Annoncen (siehe Beilage zum „Kladderadatsch“) aufnimmt.“

Die gesammte Presse der Bourgeoisie steht unter der Herrschaft des Schwindels, des industriellen Raubritterthums. Hat auch ein oder das andere Blatt eine gewisse Unabhängigkeit, so ist es doch genöthigt, diese und jene Concession dem herrschenden Schwindel zu machen. Der Schwindel gebietet über Millionen, Tausende von ihnen fallen der Reclame durch die Presse zu und die Reclame selbst haben Einzelne sich dienstbar zu machen gewußt, unter denen wieder Herr Rudolph Wosse hervortritt.

So ist es möglich, daß die Tüze tausende Organe findet, während die Wahrheit kein Blatt findet, das für sie eintritt, es sei denn ein sozialdemokratisches, dessen bloßer Anblick das Spießbürgerthum schon aufregt. Wir theilten bei Gelegenheit des Buchdruckerstreikes das schamlose Gaunerstück eines hiesigen Agenten des Wolff'schen Telegraphenbureaus mit, welcher wissentlich eine falsche Depesche schmiedete, die nun in fast sämtlichen Bourgeois-Zeitungen Raum fand. Eine Verichtigung erließ das Wolff'sche Telegraphenbureau nicht. Wir konnten damals den Namen des Depeschenschreibers nicht mit der Gewißheit erfahren, daß wir den Betrüger persönlich brandmarken konnten; aber das Publikum sieht auch an solchen Kunststücken, welches Spiel die Bourgeois-Presse mit der öffentlichen Meinung treibt.“

So unser Braunschweiger Colleague. Bemerkte sei nur noch, daß die Zahl der im Prozeß figurirenden, notorisch von der Spigeder bestochenen Zeitungen und Literaten Legion ist. Bei Gesamt-Besprechung des Prozeßes, dessen öffentliche Verhandlung sich voransichtlich in die Länge ziehen wird, werden wir Einzelheiten geben. Thatsache ist: diese schamlose Schwindlerin, deren „Vant“ so offenbar schwindelhaft war, daß Jeder, der von derartigen Dingen auch nur den oberflächlichsten Begriff hat, auf den ersten Blick die Schwindelhaftigkeit einsehen mußte, hat Jahre lang die Presse beherrscht, und mit Hilfe der Presse ihr beutelschneidrisches Handwerk geübt — und nicht bloß die Presse hat sie beherrscht, — nein, auch die „gebildete“, die „vornehme Welt“ überhaupt, ja sogar bis zu einem gewissen Grad die Staatsgewalt! Jetzt wird die gefallene Betrügerin natürlich von denen mit Roth beschrien, die einst vor ihr im Rothe gekrochen; und dieselbe Presse, die sich dieser — Dirne dirnenhaft prostituirte, sie schreit heute in wüthendem Tugendfanatismus das: Kreuzige sie! Wir weisen nicht, die zwölf Männer der Bourgeoisie, welche in diesem Moment über Adee Spigeder zu Gericht sitzen, werden sie schuldig finden, sie zu schwerer Strafe verurtheilen. Aber fragen wir: ist Adee Spigeder schuldiger als die tausende und abertausende von Vorsekspulanten und Gründern (unpolitischen und politischen), die, um emporzukommen, sich wesentlich der nämlichen, wenn auch der Form nach verschiedenen, Mittel bedienen haben und täglich bedienen, und dennoch nicht bloß von den Gerichten unbehelligt sind, sondern sich sogar allgemeiner Achtung erfreuen? Ist Adee Spigeder schuldiger als die tausende und abertausende Fabrikanten und Arbeitgeber, die reich werden vor der unbezahlten, d. h. gestohlenen Arbeit ihrer Lohnslaven? Mit Einem Wort: ist Adee Spigeder schuldiger als die ganze moderne, auf Ausbeutung beruhende, Bourgeoisgesellschaft? Die Bourgeoisie läßt sich selbst zu Gericht sitzen — das ist der Spigeder-Prozeß. Und um sich selber zu schonen, wird die Richter unbarbarisch sein gegen ihre Perquisition. Adee Spigeder muß sich hergeben zum Sündenbock der Bourgeoisie. „Fort mit der Unreinen! Wir haben nichts mit ihr zu schaffen, wir Reinen!“ Und sie waschen sich die Hände in Unschuld, die wohlgenährten, sittlichen Pharisäer.

In einer Erklärung, die gegenwärtig die Kunde durch die Blätter macht, verwarft sich Rudolph Wosse gegen die in dem Spigeder'schen Prozeße erhobene Beschuldigung der Bestechlichkeit. Es sei nicht wahr, daß er gegen ein Entgelt von 300 Fl. sich verpflichtet habe, keine gegen die Spigeder gerichteten Annoncen zu befördern. Hierzu haben wir ei zuweilen, bis das Resultat der Untersuchung zu Tag liegt, nur zu bemerken, daß die Existenz eines das Wosse'sche Annoncengeschäft kompromittirenden, unter den Spigeder'schen Papieren gefundenen Aktenstücks nicht zweifelhaft ist; daß es sich also bloß darum handeln kann, festzustellen, ob Herr Wosse selbst diesen schamvollen Handel abgeschlossen hat oder hat abschließen lassen — oder ob Herr Wosse von einem seiner Agenten mißbraucht worden ist. Der Unterschied wäre genau genommen nur persönlicher Natur, und würde die Moralität des unzweifelhaft abgeschlossenen Geschäfts in keiner Weise alteriren.

Eine Wahrheit. „Hat einmal eine Partei sich auf die schiefe Ebene der Prinziplosigkeit gesetzt, so muß sie dieselbe hinabrutschen, um, am unteren Ende angekommen, Alles hinzunehmen, was die herrschenden Gewalten ihr bieten. Sie thut das, nennt es aber „mit Thatsachen rechnen“.“

*) Der Prozeß ist inzwischen beendet und ist die Hauptangeklagte Spigeder in einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren verurtheilt worden.

mit denselben Thatsachen, welche sie mittelst der eigenen Erbarmlichkeit möglich machte.“ Der Mann, der unseren Nationalliberalen und Fortschrittler diese bittere Pille zu schlucken gibt, ist Niemand anderes als unser guter Freund Johannes Scherr. Wir haben das düstere Beilichen, welches der Urheber sowohl wie die unfreiwilligen Adressaten sicherlich gern im Verborgnen hätte blühen und wellen lassen, in dem vor 3 Jahren erschienenen „Von 48 bis 51, eine Komödie der Weltgeschichte“ gefunden, und zwar S. 155, Bd. 2. Zweite Hälfte.

— Ab und zu dringt eine Nachricht von den zur Verbannung, zur „trochäen Guillotine“ verurtheilten Kämpfern der Commune zu uns, freilich nur durch das Sprachrohr der Bourgeoisblätter, von denen, nebenbei bemerkt, auch die „intelligentesten“ die Anhänger der Commune stets als „Communisten“ bezeichnen, obwohl man von einem nur halbwegs gebildet sein wollenden Literaten verlangen kann, daß er weiß, daß die Commune nicht den Communismus, sondern vorläufig nur die Selbstständigkeit der Gemeinden, die Aufrechterhaltung der Republik und die Auflösung der Krantjunker-versammlung anstrebte, zur Organisation der Arbeit und Abschaffung der modernen Produktionsweise aber konnte sie keine Zeit finden, da sie stets kämpfen mußte. Lassen wir es dahingestellt, ob die Bourgeoisblätter aus Dummheit oder um das rothe Gespenst an die Wand zu malen, stets von „Communisten“ sprechen; wir lesen in verschiedenen Zeitungen:

„Ueber die Leiden der 500 französischen Communisten, welche zur Deportation nach Neu-Caledonien verurtheilt, am 19. Januar von Brest abgefahren und nur April Melbourne berührten, enthält ein Brief, den die Uebertroffenen, trotz der Vorsorglichkeit der Wachmannschaft, der Redaktion des „Melbourne Argus“ zu übermitteln wußten, traurige Mittheilungen.“ „Auf unserer Fahrt von Brest nach dem Senegal vom 19. bis 30. Januar“ — so heißt es in demselben — „war unsere Behandlung menschlich. Kann jedoch hatten wir den Senegal verlassen, als das Mitleid sich in Gleichgültigkeit verwandelte und schließlich in jenes bekannte Raub- und Unterdrückungssystem, welches man seit zwei Jahren uns gegenüber beobachtet hat, ansatzte. Ungefähr 510 an der Zahl wurden wie in verpesteten, luft- und lichtlosen Gemächern eingesperrt und von unseren Wächtern, früheren Galeeren-Aufsehern, mit allerhand Ränken und Anschlägen gequält. Die Nahrung war bitter-süß, ungesund, ungenügend. Etwaige Klagen wurden nicht angehört oder mit Einspernung geahndet. In Neu-Caledonien soll es uns noch schlimmer ergehen. Wir dürfen nicht in Satorj erschrocken werden, sollen langsam auf den Bon-ton, von keines andern Menschen Auge gesehen, hinstirben. Aber eines Tages wird die Wahrheit ans Licht treten und die Buße für unsere Tyrannen anheben. Ich harre diesem heiß ersehnten Tage entgegen.“

Das ist die Rache der Bourgeoisie! Das ist die moderne Kultur! Aber wir wissen, daß die Schurken und Rarren, die da glauben, mit ihrer achtstägigen Straßenschlägerei, mit ihren Fäustladern von Satorj und mit ihren Deportationen die Revolution an der Welt geschafft zu haben, in nicht allzulanger Frist deren wuchtige Hand wieder verspüren sollen und zwar das nächste Mal etwas weniger sanft, als im April und Mai 1871.

Nach den letzten Nachrichten aus Spanien hat die „bürgerliche Demokratie“ — oder unsrerwegen auch „Bourgeoisdemokratie“ — ein sehr schlaues Manöver gemacht, um den Unannehmlichkeiten der Säbelkulturrei zu entgehen: sie hat sich gleich selbst einen Säbelkulturrei gewählt, der ihrem Herzen genehm ist, den alten Caparero. Ob diese homöopathische Kur, oder richtiger: diese politische Schuppockenimpfung aber anschlagen wird, ist noch sehr die Frage — die Carlisten sind schon auf dem südlichen Ufer des Ebro, die Radikalen werden sich wohl kaum gutwillig einer wandelnden Mumie unterwerfen, die, als sie noch jung und bei Kräften war nur einer byzantinischen Schmeichelei den Beinamen des „Siegesherzogs“ verdiente — ein Beinamen, der durch die Lebensgeschichte betagter wandelnder Mumie zu einer beißenden Ironie gemacht wurde —; und außerdem wissen wir, daß die Schuppockenimpfung mitunter ebenso schlimm, ja noch schlimmere Krankheiten erzeugt, als die Krankheit ist, welcher sie vorbeugen soll.

Si v Marzall hat zurücktreten müssen. „Ob er sich so ohne Weiteres von den säbelkulturrei Lustigen Schöneidern bei Seite wand schießen lassen, das müssen wir abwarten. Jedenfalls aber sind die Annalen der Menschheit um ein sehr interessantes und lehrreiches Kapitel reicher geworden.“

— In mehreren Städten der römischen Mark hat das Publikum Strike gegen die Bäcker und Fleischer gemacht. Natürlich ist staatsrettend die Polizei eingeschritten und hat Verschiedene, welche Andere vom Kauf von Lebensmitteln in bestimmten Lokalen und Läden abhalten wollten, auf Nummer Sicher gebracht. Die Ursache des „Strikes“ waren einfach die hohen Preise, welche Fleischer und Bäcker vom Publikum verlangten. Wenn ein Arbeiter einmal Kaju kommt, sich ein Pfund Fleisch zu kaufen — und noch keiner wird sich beklagen, daß er mit Knochen zu kurz gekommen sei —, und wenn Jeder wüßte, was er heutzutage Alles im Brode mit essen muß, er würde staunen. Ueberall im Publikum hört man klagen und jammern über das theuere Fleisch und Brod und daß man für sein Geld so wenig und dies Wenige so schlecht erhalte. Das sind die Nachtheile der privaten Spekulation; mit einem Worte: diese ganzen übeln Thatsachen sind die unabsehblichen Folgen der heutigen Eigenthumsverhältnisse. Das wird aber im Klassenstaat nicht anders werden. Erst wenn der Staat für Alle gleichmäßig die Leitung der Produktion und den Vertrieb der Lebensmittel in die Hand nimmt, wird der Verfallung der Lebensmittel und der mit denselben täglich verübten Verrätherie ein Ende gemacht werden können.

— In Sachen der „Demokratischen Zeitung“ veröffentlicht die Königsberger „Hartung'sche Zeitung“ noch nachstehenden Brief Jacoby's an Guido Weiß:

Königsberg, den 2. Juli 1873.

Mit Freude ersehe ich aus Ihrem Schreiben von 25. Juni, daß wir in der Sache übereinstimmen (?) und nur in Worten auseinandergehen, über einen bloßen Wortstreit werden wir uns leicht verständigen.

In dem Aufsatze vom 17. Juni kündigt sich die „Demokratische Zeitung“ als — ein Organ der bürgerlichen Demokratie“ an. Daß Sie, werther Freund, diese Worte „im besten Glauben“ — ohne Hinneigung zur Bourgeoisie in ihrem französischen Sinne niedergeschrieben, davon war ich im Voraus überzeugt; da „bürgerliche Demokratie“ aber nur zu oft in dieser Weise verstanden wird, hätte die Zeitung — nach meiner Ansicht — den mindestens zweideutigen Ausdruck entweder gar nicht oder wenigstens nicht ohne nähere Erklärung gebrauchen sollen.

Sie sagen in Ihrem Briefe: „Die bürgerliche Demokratie erkaune die politischen Forderungen des Eisenacher Programms

vollständig und ohne Rückhalt an: sie unterscheidet sich aber von der Arbeiterpartei,

„indem sie das allgemeine gleiche Staatsbürgerthum (daher ihr Name), nicht aber den Kampf einzelner Gesellschaftsklassen proklamirt, — indem sie die exclusive Scheidung der Gesellschaft in Arbeitgeber und Arbeitnehmer als unklar und nicht erschöpfend zurückweist, — indem sie die ökonomische Aufgabe des künftigen Staates nicht einseitig gesondert behandelt (nicht die Schweizer'sche Wagenfrage), sondern sie unter die allgemeine ethische Mission subsumirt.“

„Gewiß liegt es Ihnen fern, der „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ Unrecht thun zu wollen; ist es aber richtig, daß diese Partei das allgemeine gleiche Staatsbürgerthum nicht gelten läßt, sondern den Klassenkampf proklamirt? Daß sie der exklusiven Scheidung der Gesellschaft in Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Wort redet? Daß sie die ökonomische Aufgabe des künftigen Staates einseitig gesondert behandelt und die ethische Bedeutung der sozialen Frage unterschätzt? Das Eisenacher Programm fordert für Alle „gleiche Rechte und gleiche Pflichten“; was ist dies anders, als das allgemeine gleiche Staatsbürgerthum? Es sagt ausdrücklich: „unter Kampf ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung aller Klassenherrschaft“; heißt dies den Kampf einzelner Gesellschaftsklassen proklamiren? Es will, „daß genossenschaftliche Arbeit an die Stelle der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) trete“; wird nicht gerade dadurch die exclusive Scheidung der Gesellschaft in Arbeitgeber und Arbeiter aufgehoben? Endlich spricht das Programm sich klar darüber aus, daß — „die soziale Frage untrennbar ist von der politischen, daß ihre Lösung nur im demokratischen Staate möglich ist“; kann darnach von einer Unterordnung des ethischen Zwecks unter die Wagenfrage, von einseitig gesondeter Behandlung der ökonomischen Aufgabe die Rede sein?

„Die demokratischen Grundsätze, welche von jeher meiner politischen Thätigkeit als Richtschnur dienten, sind in den Reden: „Das Ziel der Volkspartei“ (1868) und „Das Ziel der Arbeiterbewegung“ (1870) ausgesprochen; es sind, wie ich weiß, auch die übrigen, und ich finde nicht, daß das Eisenacher Programm andere Grundsätze kundgibt.“

Darin, verehrter Freund, pflichte ich Ihnen bei, der Name: „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ ist nicht gerade glücklich gewählt (schon in der Eisenacher Versammlung selbst wurde auf die mögliche Mißdeutung des Namens aufmerksam gemacht); rechtfertigt dies aber den Ausdruck: „bürgerliche Demokratie“? Jedenfalls ist letzterer keine glücklichere Wahl; auch hier wird, fürchte ich, Mißverständnis und Spaltung die bedauerliche Folge sein.

Ein Wort noch über meinen Beitritt zur Eisenacher Partei! Als Bebel und Liebknecht ihrer politisch-sozialen Ansichten wegen verurtheilt wurden, hielt ich es für meine Pflicht, mich der verfolgten Partei, deren Ansichten ich theile, durch öffentliche Erklärung anzuschließen. Man hat den Schritt fälschlich so aufgefaßt, als wäre ich damit zugleich aus der „demokratischen oder Volkspartei“ ausgetreten. Hätte ich Lezeres beabsichtigt, so würde ich es, wie Sie mit Recht bemerken, in gleich offener Weise erklärt haben, wie im Jahre 1868 meinen Austritt aus der Fortschrittspartei. Wer sich übrigens die Mühe nicht verdrießen läßt, meine oben erwähnten Reden unbefangen — mit einiger Aufmerksamkeit zu lesen, wird darüber nicht im Zweifel sein, daß ich für meine Person ebenso gut der Volkspartei angehören, wie der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; denn beide Parteien haben — meiner Ueberzeugung nach — dieselben (?) Grundsätze unbedingter Selbstbestimmung und Gleichberechtigung — und Ein ethisches Ziel: das edle freie Menschenthum. Mit herzlichem Gruß Ihr

Dr. Johann Jacoby.

Wir haben kein Interesse daran, uns in eine nähere Untersuchung darüber einzulassen, ob die gesprochene Weiß'sche Definition des Begriffs „bürgerliche Demokratie“ als einer „staatsbürgerlichen“ von auch nur einem halbbedingten Politiker in ganz Deutschland für haltbar befunden werden würde. Wenn aber irgend Einer, so hat der Stimmmeister der „Zukunft“ gewünscht, daß alle Welt unter „bürgerlicher Demokratie“ die Bourgeoisdemokratie, im Gegensatz zur Sozialdemokratie versteht. — Wir müssen es sodann dahingestellt sein lassen, ob Jacoby die Ansichten seines Freundes richtig interpretirt habe oder nicht, d. h. ob — wie Jacoby meint — wirklich die beiden Freunde „in der Sache übereinstimmen“; nur das können wir zugeben, daß die Ziele unserer Partei im obigen Schreiben sachgemäß gewürdigt sind. Dagegen wird mit aller Entschiedenheit die Jacoby'sche Eigenschaft zurückgewiesen sein, daß wir und die „Volkspartei“ dieselben Grundsätze hätten. Die „Volkspartei“ selber hat im Gegentheil Jacoby in dieser Beziehung schon mehr als Ein Mal in bündiger Weise berichtigt; ja sie hat sich sogar gegen seine obgedachte Rede: „Das Ziel der Arbeiterbewegung“ mit einer Entschiedenheit verwahrt, die sich von dem fortwährenden Entschuldigungsprotest der „Volkzeitung“ in nichts unterschied. Dem gegenüber glaubt nun Jacoby persönlich allerdings noch immer an die Möglichkeit, daß die „Volkspartei“ sich aus Humanitätsrücksichten und durch die Einsicht getrieben, dem sozialistischen Prinzip anschließen werde; und aus diesem Grunde hat er sich von der Volkspartei noch nicht formell losgesagt. Man kann gegen diese Taktik freilich Fragen der Opportunität geltend machen; keineswegs aber ist die Jacoby'sche Stellung nach den den Mann auszeichnenden Humanitätsanschaunngen beizubehalten. So deutungsfähig es auch wäre, wenn ein Anderer als Jacoby sagte: „Ich bin Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Volkspartei“ — so wenig auffällig kann dennoch eine derartige Position bei einem Jacoby sein, dessen ganze lange Lebensgeschichte die Entwicklung des philanthropischen Liberalen zum bewußten Sozialisten darstellt. —

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Trotz vielfacher Aufforderung, die Parteisteuern allmonatlich einzusenden, sind doch noch eine große Anzahl Orte, die sich dazu nicht verstehen können. Allein auch die Orte, welche die Parteibeiträge nur alle drei Monate an die Parteikasse einsenden, kommen ihren Verpflichtungen so wenig und höchst unregelmäßig nach, daß wir uns gezwungen sehen, die säumigen Orte öffentlich an ihre Pflicht zu erinnern. Es wird sich dann ja herausstellen, ob die Mitglieder selbst, oder die mit der Einsammlung und Absendung der Beiträge beauftragten Personen die Schuld tragen, daß die Mitgliedschaften der betreffenden Orte als säumig an der Resistantenliste prangen. Laut § 7 der Geschäftsordnung mußten bis zum 16. Juli nicht nur die Beiträge für Juni von den Orten, die monatlich die Steuern einsenden, sondern auch von den Orten, welche die übliche Angewohnheit haben, nur alle drei Monate ihre Steuern einzusenden, für das 2. Quartals in den Händen des Kassirers sein, leider aber sind kaum der dritte

Correspondenzen.

Teil von den der Organisation beigetretenen Orten dieser Verpflichtung nachgekommen, und wir müssen es als eine unerhörte Nachlässigkeit bezeichnen, daß bis jetzt nur folgende Orte ihre Pflicht erfüllt und bis Juni bezahlt haben: Altwaldenburg, Augsburg, Aalen, Breslau, Eöln, Cassel, Duisburg, Ernstthal, Eßlingen, Frankfurt a. M., Freiberg i. Sachsen, Greiz, Gaißhain, Göttingen, Gießen, Gredrath, Gleishammer, Hannover, Heidelberg, Hohenstein, Holzwinden, Hedderhausen, Hornau, Hüttenbühl, Köthen, Limbach i. S., Lörach, Pechhausen, Magdeburg, Meerane, Rarnberg, Neustadt a. S., Niederplanitz, Neutirchen b. Ch., Dederan, Obernhau, Pforzheim, Reichenbach, Reutlingen, Spandau, Schm. Osmund, Stollberg, Schmölln, Weimar, Wiesbaden, Zwickau. —

Wälfen St. Micheln, Erfurt, Landshut i. B., Witten, Hamburg. Noch nicht bezahlt haben für Juni: Auerbach, Apolda, Altona, Arnstadt, Amberg, Berlin, Bamberg, Bielefeld, Bensheim, Berta, Celle, Camenz, Coburg, Chemnitz, Constanz, Crefeld, Darmstadt, Dresden, Dessau, Düsseldorf, Dülles, Deuben, Dahme, Dobeln, Eisenach, Elstra, Eßen, Elberfeld, Froburg, Fürth, Frankenhäusen, Forst, Frankenhäusen, Finsterwalde, Freiburg i. Schl., Frankfurt a. D., Giengen, Oera, Glauchau, Gotha, Geier, Gersdorf, Gr. Mühlungen, Großenheim, Gesau, Heinichen, Hildesheim, Halberstadt, Hersfeld, Herborn, Harburg, Hof, Dargzrode, Herbede, Hainichen, Königshausen, Kirchhausen, Kreuznach, Köschenebroda, Kaiserlautern, Langenau, Ludenwalde, Lichtenstein, Leutenberg, Lübeck, Landau, Mühlentersdorf, Marburg, Mainz, Mannheim, Meiningen, Molau, Mülfen St. N., Mühlentersdorf, Marienberg, M. Gladbach, Neublau, Nevoiges, Reudorf, Reischlau, Oberlungwitz, Offenbach, Oßlau, Bößneck, Penig, Pfersee, Plauen, Pirna, Peilau, Quedlinburg, Ronneburg, Ronsdorf, Rochlig, St. Regidien, Saalfeld, St. Fomid, Scharnbeck, Solingen, Stuttgart, Sächtein, Stabe, Schwabing, Stadt Remda, Staßfurt, Schweinau, Tübingen, Thalheim, Biersen, Wandsbeck, Wittgendorf, Waldenburg, Weida, Weida, Würzburg, Werdau, Wolkau.

Für Mai haben noch nicht bezahlt: Auerbach, Apolda, Altona, Amberg, Bischofswerda, Berta, Celle, Coburg, Chemnitz, Dessau, Düsseldorf, Deuben, Eisenach, Elstra, Froburg, Fürth, Forst, Frankenhäusen, Giengen a. B., Gotha, Geier, Gr. Mühlungen, Hildesheim, Halberstadt, Hersfeld, Herborn, Herbede, Kirchhausen, Kreuznach, Köschenebroda, Kaiserlautern, Ludenwalde, Langenau, Lichtenstein-Callenberg, Landau, Mühlentersdorf, Marburg, Mainz, Meiningen, Marienberg, M. Gladbach, Rangenbielau, Nevoiges, Reudorf, Reischlau, Rietleben, Oberlungwitz, Offenbach, Bößneck, Penig, Pfersee, Plauen, Pirna, Peilau, Ronsdorf, St. Regidien, Saalfeld, Solingen, Stuttgart, Sächtein, Stadt Remda, Schwabing, Staßfurt, Tübingen, Thalheim, Biersen, Wittgendorf, Waldenburg, Weida, Würzburg, Werdau, Wolkau.

Für April, also seit März haben noch keine Beiträge bezahlt: Amberg, Berta, Burgstädt, Celle, Dessau, Dobeln, Düsseldorf, Eisenach, Elstra, Eßen, Froburg, Fürth, Frankenhäusen, Giengen, Geier, Herborn, Harburg, Herbede, Kirchhausen, Köschenebroda, Kaiserlautern, Lichtenstein Callenberg, Mühlentersdorf, Meiningen, Marienberg i. S., Rangenbielau, Reudorf, Rietleben, Neustadt a. Orla, Oberlungwitz, Offenbach, Bößneck, Penig, Pfersee, Plauen, Pirna, Ronsdorf, St. Regidien, Solingen, Stuttgart, Schwabing, Tübingen, Biersen, Waldenburg i. S., Weida, Werdau, Wolkau, Wolkensbüttel, Weigelndorf, Weidelsburg.

Wir fordern die Parteigenossen der säumigen Orte auf, dafür Sorge zu tragen, daß die rückständigen Beiträge sowohl als auch die fälligen Steuern für Juli bis spätestens am 15. August an den unterzeichneten Parteiführer eingehandt werden, andernfalls die Mitglieder es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie beim Kongress als stimmberechtigt nicht anerkannt werden.

Hamburg, den 18. Juli 1873.
Der Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
H. Venneke, Kassirer. K. Schäferlamp 34.

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner Deutscher Schneiderverein.

Chemnitz. 21. Juli. Aus mehreren Nummern des „Volkstaat“ dürfte genügend bekannt sein, daß unsere Generalversammlung den 10. August zu Gotha stattfindet. Die eingegangenen Anträge liefern uns aber eine so reichhaltige Tagesordnung, daß wir uns genöthigt sehen, Sonntag den 10. und Montag den 11. August zur Erledigung aller vorliegenden Punkte zu beanspruchen. Die Generalversammlung ist einberufen im Lokal Kaltwasser's Restauration, Sandhäuser Allee Nr. 7, Nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: 1. Empfang der Delegirten; 2. Wahl eines Bureau's; 3. Mandatsprüfung und Feststellung der Präsenzliste; 4. Rechnungsablage über das Verwaltungsjahr 1872—1873, sowie sonstige Verwaltungsangelegenheiten; 5. Bestimmung des Bororits und Sitz der Controll-Commission; 6. Statutenänderung; 7. Gründung einer centralisirten Gewerksgenossenschafts Krankenkasse; 8. Einführung einer Statistik über Lohnverhältnisse; 9. Berathung über weitere Schritte der von der Leipziger Commission ausgearbeiteten Verbandsstatuten; 10. Der Schneiderkongress der Europäischen Föderation zu Lüttich (Belgien).

Wir erwarten, daß die Mitgliedschaften zur Delegirtenentsendung schon jetzt vorbereitet sind. Nach der Generalversammlung findet 7 Uhr Abends daselbst eine öffentliche Schneiderversammlung statt.

Berufsgenossen Deutschlands!

Es handelt sich bei unserer Generalversammlung nicht um Theorie, sondern um praktische Mittel und Wege zur Stärkung und Erweiterung unserer Organisation.

Aus isolirt stehenden Fachvereine fordern wir auf, einzutreten in das allgemeine Ganze; denn es ist höchst ungerecht, zur Zeit der Noth an das Allgemeine und an die Solidarität zu appelliren, wenn man vorher sich um nichts gekümmert hat. Ferner ersuchen wir die Agitations Comités, sowie die Parteigenossen, für Gründung von Gewerkschaften unseres Vereins thätig zu sein.

Collegen! rafft Euch auf aus Eurer Indifferentenheit; auf zum gemeinsamen Kampfe gegen den grassirenden Schwindel; auf gegen das uns ausbeutende Kapital! Auf zur Generalversammlung! Auf, organisiert Euch!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Für den Ausschuß: O. Schöffel, Zimmerstr. 16, II. Etage.

Langenbielau, 18. Juli. Endlich, nachdem ich 6 1/2 Monate der Ruhe hinter Eisengittern verlebte, bin ich wieder in der Lage, meinen Freunden und Parteigenossen ein Lebenszeichen von mir zu geben.

Am 1. Juli verließ ich das Gefängniß; am 2. hatten meine Parteigenossen ein allgemeines Arbeiterfest arrangirt, ein Festzug sollte damit verbunden werden. Derartige Auszüge mit Musik und Fahnen, manchmal auch im Paradenkolum, werden hier von den einzelnen Corporationen jeden Sommer aufgeführt. Ich selbst habe voriges Jahr zwei solcher allgemeinen Festzüge arrangirt und auch die Genehmigung der Polizeibehörde erhalten, diesmal jedoch konnte es der hochweise Polizeiverwalter von Langenbielau nicht über sich gewinnen, meinen Parteigenossen die gesetzlich erforderliche Genehmigung zu ertheilen, trotzdem daß das Gesetz doch nur dann der Polizei die Verweigerung der Genehmigung gestattet, wenn Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung zu befürchten ist. Die Ortsbehörde hatte jedoch nicht den geringsten Grund, dies voraussetzen, und weil bisher alle unsere Unannehmlichkeiten in der größten Ordnung verlaufen, wandte sich auch Parteigenosse Ad. Wald beschwerdeführend an das Landrathamt, ohne ein Resultat zu erzielen, selbst eine auf telegraphischem Wege bei dem Regierungspräsidenten in Breslau angebrachte Beschwerde hatte keinen andern Erfolg, als daß es bei dem Verbot der Polizeibehörde verblieb. Keine der drei hier in Rede stehenden Behörden hat es der Mühe werth gehalten, das Verbot irgendwie zu motiviren. Man ersieht hieraus, wenn dies überhaupt noch zweifelhaft sein könnte, daß alle Gesetze, welche der Polizei irgend welchen Spielraum gestatten, wohl niemals für alle Staatsangehörigen gleichmäßig gehandhabt werden.

Der Boden ist für unsere Sache in hiesiger Gegend entschieden günstig, jedoch können wir an vielen Orten nur nach großen Mühen ein Lokal zu Versammlungen bekommen, weil die Polizei den Wirth alle möglichen und unmöglichen Maßregelungen in Aussicht stellt, wenn sie uns aufnehmen. Man weiß wirklich nicht, ob man das Nichtachten der Gesetze seitens der Behörden oder die knechtische Furcht der Wirths mehr bewundern soll. Die meisten Wirths möchten uns gern ihre Lokale geben, nur die Furcht vor der Polizei hindert sie daran; würde nur einer den Muth haben, mir die ausgesprochenen Drohungen vor Gericht zu bestätigen, so würde ich keinen Augenblick säumen, die Denunciation wegen Mißbrauch der Amtsgewalt anhängig zu machen.

Am 14. Juni wurde ich bereits wiederum in erster Instanz zu einer Geldbuße von 25 Thln. oder zu 13tägigem Gefängniß verurtheilt, weil ich Organisation und Mitgliederverzeichnis bei der Ortsbehörde nicht eingereicht und in Verbindung mit andern Vereinen gestanden und endlich vor Eingang der polizeilichen Genehmigung zu einem Festzuge öffentlich aufgeföhrt habe. Ich habe dagegen Appellation angemeldet und werde das Resultat seiner Zeit bekannt geben. Die Leser des „Volkstaat“ am hiesigen Orte, wie überhaupt alle Parteigenossen, ersuche ich dringend, für die weitere Verbreitung desselben thätig zu sein.

Aug. Kühn.

Witten. Der alte Harfort, unser „alter Fritz“ fortgeschrittenen Angedenkens, der sich voriges Jahr beim Essener Strike durch seine Invektiven gegen die Arbeiter und seine Moralpredigten so blamiert hat, erlagt jetzt wieder ein derartiges Schreibstück im „Wittener Anzeiger“. Er sagt: „Die Arbeiterfrage hängt an sittlicher Beziehung eine bedeutliche (!) Richtung zu nehmen. Ein englischer Minister sagte jüngst: „Die Folgen der hohen Löhne (der Bourgeois?) und verminderten Arbeitszeit (der Bourgeois?) sind geringere Production und fleißiger Besuch der Wirthshäuser!“ und das paßt auch auf unsere Zustände. Mit dem höheren Verdienst wächst leider die Alkoholliebe (!) der Arbeiter; fast täglich (und nicht: so lange die Welt steht?) hört man von Todtschlag, Messerstichen, Ueberfällen, Mißhandlungen, Widerstand gegen die Polizei, muthwilliger Beschädigung des Eigenthums und Diebstahl. Angriffe und Beleidigungen der Frauen stehen fast auf der Tagesordnung (der Bourgeoisie?), und Sicherheit der Person gehört zu den frommen Wünschen. Nicht auf die Eingeborenen fällt die Hauptschuld, sondern auf das Völkergemisch von Einwanderern, Holländern, Belgiern, Schweden, Polen, Schlesiern, Italienern, Wasserpöhlern und Genossen, welche die Industrie und Eisenbahnbauten durch ihre Löhne angelockt haben. (Soll man also wieder den Einwandererzoll einföhren?) Das eingeborene Contingent liefert das junge Volk, das, aus der Schule entlassen, durch guten Verdienst rasch eine gewisse Selbstständigkeit erlangt, den Eltern den Gehorsam kundigt und die freie Zeit zum Besuch der Kneipen und Regeldampfen verwendet und stets zum Unfug geneigt ist, da der Mangel an Schulkenntnissen jede geistige Beschäftigung verleidet. (Wer nun ist an dem „Mangel an Schulkenntnissen“ schuld, wenn nicht Ihre Klasse, Herr Harfort, die die Arbeiter am Schalgewand hindert?) Hier tritt schlagend der Mangel an obligatorischen Fortbildungsschulen, Schul- und Volksschulen hervor. Diese Unterlassungssünden fallen dem Staat zur Last, der organisirend einschreiten muß, um der Verwilderung vorzubeugen. — 1872 fanden in Dortmund 843 Verhaftungen statt wegen Verübung groben Unfugs, Trunkenheit &c. Der Aufschuttmann am Frohlochnamstage auf dem Bahnhof Barop moge ein Wahrzeichen für die Behörden sein! Auch die Polizei gehört zu den Erziehungsmittein des Volkes; gerecht, allein mit unerbittlicher Strenge muß sie den Gezeiten Achtung verschaffen und Sicherheit der Person und des Eigenthums verbürgen! Jeder offenbart sich ihre Schwäche in den Industrie-Bezirken. Was nützt ein einzelstehender Gend'arm in einem großen Antbezirk, oder ein Polizeidienstler, der meilenweit Stenerjettel umherträgt und Colleen aller Art einsammelt? Die Polizeimacht muß verstärkt werden, denn die Requisition von Militär ist stets ein Zeichen, daß etwas faul ist im Staate &c. In England werden für besondere häuß Bürger als Constabler eingeschworen. Rask muß die Strafe dem Vergehen folgen; die Erkenntnisse der Polizeigerichte sind häufig zu gelinde. — Das Wirthshaus ist nicht die Stätte, um menschenwürdig zu leben (sondern der Austerleier!), wohl aber die Familie, Erziehung, Bildung- und Turnvereine; öffentliche Vortrüge über gemeinnützige Gegenstände sind bessere Culturmittel, als lärmende Volksversammlungen, deren Leiter man für die Ruhe streng verantwortlich machen sollte. Die Wirths haben großes Interesse an der Biervermehrung; man bemesse die Polizeistunde so, daß der zehende Arbeiter (nicht auch die Bourgeois?) am andern Morgen unbekümmert zum Geschäft schreiten kann; der blane Montag ist ein Krebskhan für die Gesundheit, Sittlichkeit, den Wohlstand und die Familie. (Blos der „blane Montag“, und nicht auch der „blane Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Sonnabend der Bourgeoisie?“) „Spart in der Zeit, so hast ihr in der Noth“ ist ein goldenes Sprichwort. Daß gesparrt werden kann, beweisen die 25 Millionen Thaler in den Sparkassen

des Reg.-Bezirks Arnberg (Sparkassen des häuser- und ackerbesitzenden Kleinbürgertums!) und die 17 Millionen eigenes Kapital der Schulischen Vorschuß-Vereine (dito!). Eine Reaction gegen die übertriebenen Lohnforderungen wird eintreten, dann ist die Jagd nach Vergnügungen geschlossen, der Arbeiter kann die angewöhnten unnützen Bedürfnisse (!) nicht länger befriedigen und büßt in Kummer und Ungebuld die eigene Schuld! Dagegen sehen wir viele Familien, die durch Religiosität (der Altkatholik ist sogar Muster geworden!) häusliche Ordnung und Zucht, Fleiß und Sparsamkeit sich eine sorgenfreie (!) Stellung in ihrem Kreise errungen haben und höheren Ständen als Muster dienen können.

Diesem ahme jedes junge Ehepaar nach, und Familie, Gemeinde und Staat werden den Beweis liefern, daß Jeder in seinem Stande menschenwürdig und gottgefällig (!) leben kann.

Friedrich der Große sagte: „Arbeit ist der Tugend Mutter“, und, streng gegen sich selbst, ging er bis zum Tode mit einem guten Beispiel voran; ihm zu folgen ist die, oft veräumte, Pflicht auch (!) der höheren Stände! Fr. Harfort.“

Was sagt die „Volkzeitung“ zu ihrem Angebeteten?

Altona, 16. Juli. „Der Zweck heiligt die Mittel“, so dachte wahrscheinlich das nordschleswig-dänische Reichstagsmitglied Herr Krüger-Bestoft, indem er am 10. Juli d. J. in Hadersleben in einer dänischen Bourgeoisversammlung es mißbilligte, daß man Bebel nicht freigelassen.

Welche Sympathien ihn dazu bewogen, jetzt so für Bebel einzutreten, werde ich meinen Freunden und Gesinnungsgenossen hier wahrheitsgetreu zu erklären suchen, zumal Krüger-Bestoft wie sein bei der letzten Hlensburger Parlamentswahl sitzender deutscher Bourgeois-Rebenahler Hirschius jetzt schon merken, daß die Angst ihres Herzens groß ist, indem die Sozialdemokraten nicht allein in Hlensburg, sondern auch in Hadersleben, dem nördlichsten Wahl-district Deutschlands, zur nächsten Reichstagswahl einen Candidaten aufstellen werden.

Kurz vor der vorjährigen Ergänzungswahl zum Reichstag im Hlensburger Wahl-district reisten ich und noch ein Sozialdemokrat nach Apenrade, um dort eine Volksversammlung abzuhalten, zumal eine solche, in der die dänische Sprache beinahe ausschließlich unter den Arbeitern vorherrschend, bisher nicht stattgefunden.

Die Versammlung fand im Thalia-theater statt unter stürmischem Applaus vor überfülltem Hause. Tags darauf forderte das dänisch gesannte Bourgeoisblatt Krüger-Bestoft's, die „Dannevirke“, den preussischen Polizeimeister in Hadersleben auf, uns bei unserm Eintreffen in Hadersleben sofort in's Gefängniß zu werfen, trotzdem die Redaction der „Dannevirke“ vielfach selbst Gelegenheit hatte, den preussischen Polizeimeister und die preussischen Gesandnisse kennen zu lernen, ob „von Rechtswegen“ oder nicht, ist hier gleichgültig.

Aber Sozialdemokraten gegenüber verbündeten sich die Bourgeois aller Länder selbst mit dem Teufel, denn der „Zweck heiligt die Mittel“.

Für das Mal war dieses freundschaftliche Ersuchen unnöthig, denn es lag nicht in unserer Absicht, Hadersleben für dieses Mal zu besuchen, zumal es nicht zum Hlensburger Wahlkreis, wo eine Neuwahl statthaben sollte, gehörte. Wir versagten uns Tags darauf nach Hlensburg, wo wir seitens der Polizeibehörde die Erlaubniß erhielten, eine Versammlung im Freien abzuhalten. Doch wie wir uns anstundten, die Versammlung zu eröffnen, ward die Erlaubniß zurückgenommen; wir blieben aber im Garten wie im Lokal — Schützenhaus — anwesend, da um 8 Uhr Abends eine öffentliche dänische Bourgeoisversammlung, mit Krüger-Bestoft an der Spitze, statthaben sollte. Nachdem Krüger in dänischer Sprache — es ward nur dänisch gesprochen — seine Erlebnisse mitgetheilt, forderte er in selbiger Sprache zum Interpelliren auf, wohl wissend, daß seine deutschen Arbeitergegner solches nicht verstanden und die dänischen Arbeiter, die größtentheils sich auf unserer Seite befanden, nicht zu interpelliren wagten, indem sie sich nicht befähigt dazu dachten. Aber Krüger hatte dennoch seine Rechnung ohne den Wirth gemacht, indem Unterzeichneter, der der dänischen Sprache so ziemlich mächtig ist, sich durch die das Bureau umlagernden dänischen Bourgeois durchdrängte und zum Interpelliren sich anschickte. Doch der Zweck heiligt die Mittel, denn mich erblickend und die Versammlung schließend, war das Werk eines Augenblicks, und Hunderte von Bourgeoisläufen erhoben sich gegen mich, und ihre Kehlen stimmten das „han ihn“ an, dem ich mich mit genauer Noth entzog. Tags darauf mit Krüger nach Altona reisend, frag ich ihn, warum mir die Interpellation nicht gestattet worden sei, zumal wir Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall vertheidigten. Ja, sagte er, wenn wir Ihre Interpellation gestattet hätten, so würde man mich nicht wählen, denn ich muß auf dem Boden der Nationalität stehen.

Dennoch ist aufgehoben noch nicht aufgehoben, und so waren wir vor ca. zwei Monaten trotz alledem in Hadersleben und hielten eine Volksversammlung ab, die glänzend verlief. Anwesend waren ca. 2000 Männer, und constatirten wir, daß bei der nächsten Reichstagswahl der deutsche und dänische Arbeiter zusammen getrie dänischen und deutschen Bourgeois mit Erfolg bei der Wahlurne erscheinen werden. Und darum das jetzige Dramatisiren Krüger-Bestoft's gegen Bebel, denn: „der Zweck heiligt die Mittel“.

Mit sozialdemokratischem Gruß: H. Rabenhäusen.

Mainz. Western haben sie hier einen 61jährigen Godelshuf eingesponnen, weil er sich als Brandstifter und Dieb denunzirte und erwies. Dem Freiheitsmüden wird die ersehnte Wohlthat des Zuchthauses werden. Zwei Kreuzer blieben ihm, nach seiner Erklärung, täglich übrig von den Unterstützungsgeldern, die ihm seine Gemeinde gab. Wen's juckt, der kraupe sich, ihr Felder der „Münzer Zeitung“.

Das Grundstück, von dessen Verlauf Sie voriges Jahr berichteten, das la bourse a la vie, von einem raffinirten Häusermaler damals zu ca. 70,000 fl. erworben wurde, ist jetzt von den neuen Eigenthümern zu ca. 240,000 fl. verkauft worden. „Volksmänner“ (das Kriegsministerium in Berlin) haben es ge- und „Volksmänner“ (große Fabrikanten hier) haben es verkauft. In Zeiten der Noth aber hatte es der Verkäufer für 70,000 fl. Ueberhaupt haben sich unsere Volksmänner a la Bismarck über die Geschäfte durch die Stadterweiterung bis jetzt noch gar nicht zu beklagen. Wo Tauben sind, fliegen Tauben hin. „Nur die Stadterweiterung kann und helfen“, meinte aber vor mehreren Jahren der Bauhandwerksmeister-Verein hier. Ist er noch der Ansicht? Oder sollten seine Mitglieder nicht schon früher oder später mehr oder weniger gedacht haben, die Sozialdemokraten haben so unrecht doch nicht? Mit dem Hände-in-den-Schooß-legen aber ändert Ihr, Kleinbürger, Euer Loos nicht, ändert nicht, daß ein Aktienunternehmen die Stadterweiterung vollends ohne Euch ausbeutet.

Unsere Festungsbaunternehmer haben die Ehre, Police des Kriegsministers zu sein. Der Meister Kriegsminister stellt das Material und die Leute und der Unternehmer das „Rebenbei“.

Damit soll nicht gesagt sein, daß das „Nebenbei“ seinen Mann nicht ernährt und aus wenig — viel „gemacht“ werden kann. Die Stadterweiterung wird ähnlich geschehen. Die Aktienbrauerei hier scheint für ihre Neubauten Geld zu brauchen; hiesige Zeitungen brachten wenigstens Langes und Breites über die von derselben jetzt in Betrieb stehende Eismaschine (1000 Pfd. pro Stunde). Die Ludwigsbahn scheint, nach der Rücksicht die unsere hiesigen Blätter eben mit ihr gebrauchen, sich eben dem Publikum gegenüber gut aufzuführen. Sind die nötigen 6 Millionen, die dieselbe eben leicht, daran schuld?

Vor 3 Monaten brachte ein Schweizer Blatt die Mittheilung, daß die „Liebigs Fleisch-Kompagnie“ so großmüthig gewesen sei, einige 1000 Francs, ich weiß nicht mehr zu welchem Zweck, zu verschleusen. Sodann erwähnt derselbe Artikel die Prosperität dieses Fleisch-Geschäfts, und zum Schluß wird von der nötigen neuen Anleihe zur Vergrößerung desselben gesprochen. Mit Speck fängt man Mäuse.

Nürnberg, 6. Juli. Am Samstag, 28. Juni, Abends 8 Uhr hatten die Nürnberger Parteigenossen in die Besäße Wirthschaft in Steinbühl (Vorstadt von Nürnberg) eine Volksversammlung einberufen, die zahlreich besucht war. Nicht allein war der Saal gedrückt voll, sondern auch im Garten und auf der Straße hatten sich eine Masse von Zuhörern eingefunden. — Zum Vorsitzenden wurde Börlein, zum Schriftführer Scherer gewählt. Auf der Tagesordnung stand: „Die Gesetzgebung im deutschen Reich und die nächsten Reichstagswahlen.“ Parteigenosse Grillenberger war erschienen und hatte das Referat übernommen. Zu Anfang seiner Rede geistelte er einige lokale Mißstände, worauf er die Frage aufwarf: Was ist Gesetz? Die er dahin beantwortete, daß Gesetz eigentlich bloß ein gegenseitiger Vertrag, ein Uebereinkommen zwischen Bürgern sei; heut zu Tage könne freilich nicht von einem freien Uebereinkommen zwischen Bürgern gesprochen werden, da die heutigen Gesetze nicht aus dem Willen des Volkes hervorgehen, sondern aus dem Klasseninteresse der gegenwärtig in den gesetzgebenden Körper sitzenden Besitzenden. Redner kam dann auf die verschiedenen Gesetze zu sprechen, als da sind: Landesgesetze, Reichsgesetze u. c., die mit einander in Verbindung sind; er erklärte den Unterschied zwischen Staatsbürger und Unterthanen, wie die Gesetze durch den Reichstag oder Bundesrath gemacht werden, die verschiedenen Systeme der Volksvertretung, geistelte das Zweikammersystem, das Pfaffen- und Gottesgnadenhum und kommt zu dem Resultat, daß wir heute bloß eine scheinbare, keine thatsächliche Gesetzgebung hätten. Von einer richtigen Gesetzgebung könne schon deshalb keine Rede sein, weil die „Vertreter der Nation“ im Reichstage die Gesetze machen und der Bundesrath sie dann nach Belieben genehmigt oder verwirft. Es ist eine Herabwürdigung für das Volk, wenn seine Vertreter so bevormundet werden. Deshalb wollen wir die Beseitigung aller dieser Bevormundung und die direkte Gesetzgebung durch das Volk proklamieren. Redner kam dann auf die verschiedenen deutschen Wahlrechte zu sprechen, wobei er namentlich das Bismarck'sche Reichstagswahlgesetz einer scharfen Kritik unterzog. Wenn nun ein Mensch würdig erachtet werde, mit 20 Jahren den Schießprügel herumzutragen und sich für Kaiser und Reich tott oder zum Krüppel schießen zu lassen, so müsse er auch fähig sein, sein Bürgerrecht an der Wahlurne ausüben zu können, und er brauchte nicht erst noch 5 Jahre zu warten, bis der heilige Geist der politischen Weisheit über ihn käme. Zum Schluß forderte er die Versammelten auf, bei der nächsten Reichstagswahl nur einem Arbeiterkandidaten ihre Stimme zu geben, was dieselben auch freudigst versprochen. Zu diesem Punkte ergriff nun Parteigenosse Börlein das Wort, welcher betonte, daß die heutige Gesetzgebung nur in dem Maße gipfle: „Gewalt geht vor Recht!“ Auch er forderte die Anwesenden auf, dahin zu wirken, daß der nächste Reichstag nicht wieder eine Bismarck'sche Jagamaschine werde, und das beste Mittel dies zu erreichen, sei der Masseneintritt in die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Ein anderer Parteigenosse forderte ebenfalls zum Eintritt in die Partei, sowie zum Abonnement auf den „Volkstaat“ und das „Demokratische Wochenblatt“ auf, welcher Aufforderung auch verschiedentlich Folge geleistet wurde. In die Listen der Partei ließen sich 25 Mann einzeichnen. So wäre denn auch in Steinbühl der Anfang gemacht und ist die Saat auf guten Boden gefallen; wir werden nun in andern Bezirken der Stadt, die bisher noch unbeackert gelassen wurden, ebenfalls Versammlungen abhalten, um unserer Partei immer mehr Gebiet zu erschließen und dann: Glück auf zur Reichstagswahl! Joh. Scherer, Schriftführer.

Kugsburg. Sonntag, den 6. Juli tagte dahier eine Volksversammlung im Gasthaus zum Kohlergarten. Herr Endres führte den 1., Herr Hirth den 2. Vorsitz, zum Schriftführer wurde Herr Höchner gewählt. Tagesordnung war: die heutige Kultur und der Sozialismus, über welches Thema Freund Grillenberger aus Forchheim in einer 1 1/2 stündigen Rede, welche öfters von großem Beifall unterbrochen wurde, mit gewohnter Beredsamkeit referirte. Kultur, sagte Redner, heißt der Stand der fortschrittlichen Entwicklung der Menschheit. Die Kulturfortschritte sind ein Produkt der Gesamtheit und sollen darum auch dieser zu Gute kommen. Zur Kultur gehört vor Allem Bildung und Humanität. Redner beleuchtet den § 20 des Pressegesetzentwurfes, welches Nachwort hauptsächlich gegen die sozialdemokratische Presse gerichtet ist. Dieser § 20 verbietet, daß das Eigenthum, die allgemeine Beehrpflicht und sonstige Grundlagen unserer staatlichen Ordnung angegriffen werden dürfen. Redner kommt auf die Leibeigenschaft zu sprechen und wie sich aus dieser allmählich die gewerbmäßige Handwerkerschaft entwickelte. Das Kleingewerbe macht uns mit Unrecht für seinen Untergang verantwortlich, derselbe entwickelte sich schon seit der Erfindung der ersten Maschine. Dieselben sollen der Segen der Menschheit sein, unter jetzigen Verhältnissen aber macht sie den Arbeiter selbst zur Maschine. Das Eigenthum konzentriert sich immer in einzelne Hände und bringt die Majorität in immer größere Abhängigkeit. Das Eigenthum der Geldprogen ist nichts anderes als Diebstahl an dem Armen; wir wollen das Eigenthum jedoch nicht zerstören, wie man uns vorwirft, sondern den Geldprogen nur die Möglichkeit nehmen, uns fernerehin ausbeuten zu können, indem wir unsern vollen Arbeitsertrag beanspruchen. Wenn diejenigen, welche das Eigenthum angreifen, mit Strafe bedroht werden, so müßte sich unsere ganze Bourgeoisie im Gefängnisse befinden. Hier nahm nun der Polizeikommissar Veranlassung, den Vorsitzenden aufzufordern, Grillenberger zur Ordnung zu rufen, welcher Aufforderung Herr Endres auch nachkam, jedoch zugleich hinzusetzte, daß er an dem eben Gesagten Nichts Anstößiges finden könne, worauf der Kommissar erwiderte, daß er seine Worte durchaus keiner Kritik unterziehen lassen könne. Grillenberger dankte hierauf für den Ordnungsruf und setzte seine Rede unter dem Beifall der Versammlung fort. Redner kam auch auf Familie, Krone und Altar zu sprechen. Es käme noch eine Zeit, in welcher die Kronen in Museen als Raritäten angestammt werden wird. Das 19. Jahrhundert soll das aufgeklärteste sein und doch gibt es noch sehr viele Leute, welche an einen unschleibaren Papst und an

einen Teufel glauben. Feuerbach sagte: „Nicht Gott machte die Menschen, sondern die Menschen machen ihre Götter.“ Es stehen sich zwei Theile in der menschlichen Gesellschaft gegenüber, Nichtsthuer und Besitzende und Arbeiter und Nichtsbesitzende. Unsere Liberalen sind auch gegen den verderblichen Einfluß der Kirche in der Schule, aber was hilft es, wenn man die Kutte zur einen Thüre hinauswirft und durch die andere bringt man den Kindern die Fiedelhaube auf dem Prästitirteller daher. In der Schule wird hauptsächlich von Schlächten, Kaiser und Köni- erzählt mit den betreffenden Jahreszahlen, während die Hauptsache, die Kenntniß der Natur, vernachlässigt wird. Die Bischöfe bekommen aus dem Staatsfädel Tausende von Thalern bezahlt, während die Lehrer, die Bildner des Volkes, mit ein paar Hundert Thaler jährlich abgepeist werden. Die Civilliste unseres Kaisers beträgt 4 Millionen jährlich, während für Schulweide bloß 2 Millionen veranschlagt worden. Man sagt uns, Bildung macht frei; wenn das richtig wäre, so wäre nicht der große Philosoph Feuerbach, welcher gewiß den höchsten Grad der Kultur erklommen hatte, schier im Elend verkommen. Redner geistelte hierauf unsere liberalen Pressknechte, wie sie das Volk corrumpiren. Er erklärte, die Hauptforderungen des Sozialismus: derselbe erstrebt demokratische Bildung, wollen Ertrag der Arbeit, das gleiche direkte Wahlrecht und Abschaffung des Polizeistaats und Emanzipation aus der Klassenherrschaft. Man wirft uns Verrath ins Gesicht, weil wir uns international verbinden; wenn wir auch keinen Unterschied der Nationen kennen, so achten wir doch eine vernünftige Staateneintheilung, dieselbe darf jedoch nicht in Nationalitätsschwindel ausarten. Wir wollen Ertheilung des Wahlrechts an alle Männer von 20 Jahren, denn ist derselbe fähig, sich zum Krüppel schießen zu lassen für Gott, König und Vaterland, so ist er auch fähig bei der Wahl mitzusprechen. Wir müssen Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen suchen, denn die heutigen Gesetze werden von der Minderheit gemacht. Redner kommt auch auf die Steuern, besonders die indirekten, zu sprechen. Jedes nothwendigste Lebensbedürfnis, welches der Proletarier braucht, ist mehr oder weniger belastet, was bei Luxusgegenständen nicht der Fall ist. Wenn es wieder einmal Hanna regnet, so wäre gewiß Bismarck mit einer Steuer bei der Hand. Haben wir einmal die Majorität im gesetzgebenden Körper, so ist es uns leicht, Gesetze zur Gleichstellung aller Menschen zu machen. Grillenberger erwähnte die Anwesenheit noch zur Einigkeit und Ausdauer und schloß mit den Worten des verstorbenen amerikanischen Präsidenten Lincoln: „Es solle keine Herrn und keine Knechte geben, alle Menschen sind zur Freiheit geboren.“ Herr Endres forderte hierauf unsere allenfallsigen Gegner auf, die Tribüne zu besetzen und den Referenten zu widerlegen; es meldete sich aber Niemand zum Wort. Er erwähnte dann noch die anwesenden Zeitungsreporter, sie möchten sich in ihren Berichten über unsere Versammlungen mehr der Wahrheit befleißigen und nicht Lügen in die Welt hinausstreuen. Es ließen sich hierauf auf die Aufforderung des Vorsitzenden hin noch mehrere in die Parteilisten einzeichnen.

H. H. Höchner, Schriftführer.

Erklärung.

Sie erlauben mir wohl, als alten bekannten Parteigenossen, eine kleine Berichtigung in Sachen der Frau Doktor Boruttan, und hoffe ich, daß Ihre Spalten denselben offen stehen. Diese Berichtigung betrifft Ihre Anmerkung zu dem Artikel „Carl Boruttan“ von H. B. in Nr. 59, welche beginnt: „Unverantwortlich ist und bleibt jedenfalls“ u.

„Frau Doktor Boruttan befand sich in der glücklichen Lage, ihrem Manne in den letzten zwei Monaten vor dessen Tode drei Gelbsendungen zugehen lassen zu können und zwar die dritte im Betrage von 80 — Achtzig — Thalern vier Wochen vor seinem Tode durch Vermittelung des deutschen Consuls, Herrn Brodthag, in Genf, so daß Dr. Boruttan die letzte Summe, da sie ungefähr eine Woche vor dem Tode eintraf, nicht mehr verbrauchen konnte, also wohl nicht im Elend starb.“

Sie werden einsehen, daß Sie der so schonungslos angegriffenen Wittwe diese Genugthuung nicht versagen dürfen.

Genf, d. 19. Juli 1873.

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Gustav Rathenau.

Briefkasten

der Redaktion. B. u. P. in B.: Brief erhalten. Ueber die Militärvorrede werden wir uns vielleicht in einem besonderen Artikel auslassen. Ihr Schreiben haben wir dem Ausschusse vorgelegt. — H. Sch. in M.: Um keinen Prozeß auf den Hals zu bekommen, — was der Grund, warum wir die Stellen in Ihrem Berichte gestrichen haben. Sie irren sehr, wenn Sie etwa glauben, daß nur Sie sich zu verantworten haben würden; auch wir müßten es und — die Erfahrung hat uns gelehrt.

der Expedition. R. Wbt Forst: 2 Du. Thlr. 2 18, Rest Gr. 11 3 Pf.; Th. Beth f. sozialdem. Verein Stuttgart: Schr. Thlr. 10 22. Besten: Ihre Annonce f. Mittw. kam zu spät, wollen Sie freundl. die Bekanntmachung in heutiger Nummer beachten. A. Tem Berlin: 2 Du. Thlr. 3 27 7, 3 Du. Thlr. 6 8 5; Böttcherer. Berlin: An. Thlr. 2. D. Rhr Magdeburg: die An. der Partei kostet Gr. 8. D. Abt Stollberg: da Sie Ihren Bedarf an Exemplaren durch die Post erhalten, wollen Sie künftig die fehlenden Nummern auch bei derselben reklamieren. R. Wbt: 2 Du. Thlr. 2 18. Genossensch. Dufsch. hier An. Thlr. 6 20. Et Meerane: 2 Du. Thlr. 37 3. Frz Berlin: Abon. Juli Thlr. 6 16. Hdr Solingen: 2 Du. Thlr. 1, Rest Thlr. 4 21. Pttsh Wandbeck: 2 Du. Thlr. 24 9 5. Hs hier: Ab. Gr. 17 5. Subj Volkach: Ab. Gr. 5 3. D. Sttz Reuditz: 2 Du. Thlr. 8. Pfl Halberstadt: durch Sttz f. Schr. Thlr. 1 16. Mannerverein hier Annoncen Gr. 20.

Berlin. Man abonnirt vom 1. Juli ab auf den „Volkstaat“ monatlich 7 1/2 Sgr. frei ins Haus, bei den Herren Trautmann, Engelstr. 6b, 4 Tr.; Fricks, Schwedterstr. 28, Hof part.; Wegner, Lindenstr. 79; Heinsch, Lindenstr. 11, Hof 4 Tr. bei Westf; Reder, Koppensr. 26; Schwoide, Stettinestr. 43, Hof part. [39]

Berlin. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonntag, den 27. Juli, Vormittags halb 10 Uhr: Generalversammlung im Locale des Herrn Stachun, Köpnickstr. 152. — Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden; 2) Beschließenes. Mitglieder, die ohne vorhergehende Entschuldigung nicht am Platze sind, haben laut § 25, 2 Sgr. 5 Pf. Ordnungsstrafe zu zahlen. Der Vorstand.

Breslau. Sozialdemokratische Arbeiter-Partei. Die Mitglieder versammeln sich von jetzt an jeden Sonntag, Abends 8 Uhr, in Gamber's Restauration, Neßgasse 12. Nächste Montag: Vortrag, Delegirtenwahl, Anträge u. c. Alle Mitglieder, insbesondere aber die Bezirks-Vertrauensmänner, werden aufgefordert, für vollzählige und pünktliche Theilnahme Sorge zu tragen. Der Vertrauensmann.

Cöln. Wirthschafts-Eröffnung. Ich erlaube mir hierdurch Freunden und Parteigenossen die Mittheilung zu machen, daß ich mit dem heutigen Tage meine Bierwirthschaft in dem Hause: Eigelstein Nr. 25 eröffnet habe. Zugleich empfehle ich meine Lokalität allen Gewerkschaften und Fachvereinen zur Abhaltung ihrer Versammlungen u. c. und halte

mich jederzeit nebst guten Getränken und reeller Bedienung bestens empfohlen.

Weitere Mittheilungen werden noch nachträglich bekannt gemacht.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Carl Breuer.

Elberfeld. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Laut Beschluß des Rheinisch-Westfälischen Arbeitertages werden die Parteimitgliedschaften von Neiviges, Ronsdorf und Barmen eingeladen, sich Sonntag Nachmittags 5 Uhr bei Herrn A. Kasper, Daspeler Brücke Nr. 12 in Elberfeld, einzufinden, resp. durch Delegirte vertreten zu lassen. — Zweck: Wahl eines Delegirten zum Rührberger Parteicongress. R. Diener, Vertrauensmann, Nordstraße Nr. 16.

Hamburg. Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 3. August, Nachmittags 4 Uhr: Sommerfest (Ball) in Bellevue, Eimsbüttel. Karten, à Person 4 Schilling, sind zu haben bei den Colporteurs des „Volkstaat“ Schulz und Schläge, bei Geib, Köbingsmarkt 12, Trautmann, Dragonerstr. 25 und den Comité-Mitgliedern. 2a

Hamburg. Sonnabend, den 26. Juli, Abends halb 9 Uhr: Öffentliche Versammlung der Klemperer und Gasfitter in Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31. — Tagesordnung: 1) Der Arbeiternachweis; 2) der bevorstehende Congress der Klemperergesellen.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonntag: 1—3 Uhr Zeichnen. Montag: Gesang, Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche, englische und französische Sprache; Schönschreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Buchführung. Sonnabend: Vortrag oder Diskussion. [w1]

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 26. Juli, Abends 8 Uhr bei Zeidler, gr. Windmühlenstraße 7.

Fortsetzung der Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1) Neuwahl von 3 Beisitzern und 3 Revisoren; 2) Beschließenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet. [25]

Leipzig. Internationale Metallarbeiterpartei. Montag, den 28. Juli: Sitzung bei Finsterbusch, Reichstraße Nr. 11 (Souterrain). — Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrags. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bev.

Sonnabend, den 26. Juli, Abends 8 Uhr: Allgemeine Versammlung der Metallarbeiter im Gasthof zum Thonberg bei Leipzig. — Tages-Ordnung: 1) Die Gewerkschaftsbewegung; 2) der Fabrikantenbund. Alle Freunde der Arbeiter sind willkommen. Das Comité.

Solingen. Ich setze mich genöthigt, Ihnen hiermit die Theilnahme zu machen, daß ich vom 1. Juli ab Monats- sowie vierteljährliche Abonnements entgegennehme. Monatspreis 8 Sgr., Vierteljahrspreis 23 Sgr. Jacob Felder, Birkenfeld 442.

An die Berliner Parteigenossen! Im Einverständnis mit dem Agitationscomité ersuche ich alle Parteigenossen, welche in der Lage sind, einem freiwilligen Comité zum planmäßigen Betrieb des „Volkstaat“ beizutreten, mir ihre Adressen zugehen zu lassen, resp. sich Sonntag, den 27. d. M., Abends 8 Uhr, im Café Scheibler, Mühlstr. 6, einzufinden. Parteigenossen, wie lange soll Berlin noch hinter Leipzig zurückbleiben? Ed. Bernstein, Roststr. 4.

Stade. Freitag, den 26. Juli, Abends halb 9 Uhr: Parteiversammlung bei C. Lietjens, zum Outenberg, wozu die Parteigenossen zu recht zahlreicher Theilnahme einladet: C. Wildschade, Vertrauensmann. 2a

Weimar. Sonntag, den 3. August findet hier selbst ein Allg. Thür. Arbeiterfest in den Räumen der „Turnhalle“ statt. Wir laden hierzu alle Parteigenossen und Freunde in Thüringen freundlichst ein. Das Fest-Comité.

Den Parteigenossen von Wiesbaden und Marburg zur Nachricht, daß ich in Leipzig in der Dragulin'schen Buchdruckerei in der Königsstraße Condition bekommen habe. Zugleich Parteigenossen Stück zur Nachricht, daß ich am 24. Juni Parteigen. Engelhardt mein Loos mit der Erklärung geschickt habe, den Gegenstand zu verkaufen und mir das Geld zu schicken. Leipzig, 22. Juli 1873. H. Zappay, Schriftf.

Durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ ist zu beziehen:

Am Webstuhl der Zeit, Roman, Heft 5 und 6 à 2 Sgr. M o n's Lieberbuch, gebunden à 4 Sgr.

Fr. Wortmann'sche Buchhandlung in Berlin, Neue Friedrichstraße 31,

liefert Buchbindern, Colporteurs u. c. alle Aufträge, Lieferungswerte u. c. zu den billigsten Bedingungen.

Reisende finden daselbst jederzeit dauerndes und vortheilhaftes Engagement. [4a]

Culturg. Aus der Volkstaat-Kasse der Cigarrenarbeiter von Reinh. Pasche in Breslau einen Antheilchein der Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig von 10 Thlr. als Geschenk erhalten Expedition des „Volkstaat“.

Zur allgemeinen Kenntniß bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte Aufnahmen finden, wenn das betr. Manuscript hierzu längstens bis Montag, Mittwoch oder Freitag Mittags in unseren Händen ist. Inserate bitten wir an uns zu adressiren.

Die Expedition des „Volkstaat“

Unsere Abonnenten in Sachsen werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Postexpeditionen im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg Monats-Abonnements auf unser Blatt annehmen müssen. Den Abonnenten in Borna zur Nachricht, daß wir gegen die dortige Postexpedition wegen mehrfacher und wiederholter Verweigerung von Monatsabonnements Beschwerde erhoben haben.

Die Expedition des „Volkstaat“

Leipzig: Berantw. Redakteur C. Casper. (Redaktion und Expedition) Reigerstr. 44. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.